

„Westen wird bevorteilt“

FINANZEN Minister Bullerjahn äußert sich zu Folgen des Bevölkerungsrückgangs, zu den Hilfen für die neuen Bundesländer ab 2019 und zu seiner eigenen Zukunft.

MAGDEBURG/MZ - Im Frühjahr soll es eine neue Föderalismuskommission zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern geben. Reiche Länder wollen den Finanzausgleich beschneiden. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat hingegen eine Entschuldung von armen Ländern wie Sachsen-Anhalt gefordert, damit sie wettbewerbsfähig werden. Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) sieht das etwas anders. Über seine Vorstellungen sprachen mit ihm die MZ-Redakteure Kai Gauselmann und Hendrik Kranert-Rydz.

Herr Bullerjahn, es gibt ja doch finanzpolitische Visionen in dieser Landesregierung: Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat über Weihnachten einen Neustart für die Länder und eine Entschuldung gefordert - ein toller Vorschlag oder?

Bullerjahn: Wir haben in der Landesregierung schon seit Jahren finanzpolitische Visionen. Und ich mache mir genauso wie andere Finanzminister seit Jahren Gedanken und bin gerade dabei, meine Vorstellungen für die Föderalismuskommission zu Papier zu bringen. Ich gehe nicht soweit, einen Neustart zu fordern. Es muss aber einiges neu gedacht werden.

Ist Haseloffs Vorschlag denn mehrheitsfähig in den anderen Ländern?

Bullerjahn: Nein, meiner Meinung nach nicht. Wir können unsere Verantwortung nicht komplett auf die anderen Länder übertragen. Man darf mit solchen Forderungen nicht überziehen. Es ist für mich aber kein Problem, das wir unterschiedliche Vorstellungen haben. In Vorbereitung der Föderalismuskommission gibt es auch in anderen Ländern abweichende Positionen zwischen Finanzminister und Staatskanzlei. Das muss auch möglich sein. Die Altschulden sind für mich auch nicht das wichtigste Thema bei der Neuordnung der Finanzen. Mir geht es vor allem um die Erhöhung des kommunalen Anteils bei der Berechnung des Finanzausgleichs, um einen Ausgleich für den demografischen Verlust, und dass der Bund die Sozialleistungen übernimmt. Erst danach kommen die Altschulden.

Was meinen Sie mit dem kommunalen Anteil beim Finanzausgleich?

Bullerjahn: Zur Basis der Berechnung der Zahlung an die Länder gehört das Steueraufkommen, auch der Kommunen. Unsere Kommunen sind aber deutlich schwächer als die im Westen. Die Steuerkraft unserer Kommunen geht aber nur zu 64 Prozent in die Berechnung ein, das ist willkürlich festgelegt worden. Die ausgleichende Steuerschwäche fließt also nicht völlig in die Berechnung ein. Ich will, dass die Steuerkraft der Kommunen zu 100 Prozent in den Finanzausgleich einfließt.

Was würde das konkret bringen?

Bullerjahn: Derzeit bekommt Sachsen-Anhalt 550 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich und 225 Millionen Euro Bundesergän-

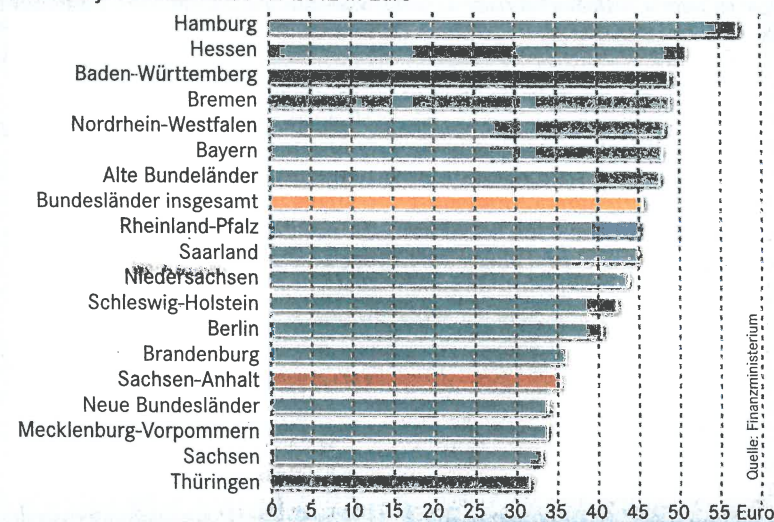


Finanzminister Jens Bullerjahn

FOTO: GÜNTER BAUER/ARCHIV

Bruttoinlandsprodukt im Ländervergleich

Nominal je Arbeitsstunde für 2012 in Euro



Mit einem BIP (Bruttoinlandsprodukt) von 35,4 Euro je geleisteter Arbeitsstunde erreicht Sachsen-Anhalt im Jahr 2012 erst 77,9 Prozent des Bundesdurchschnitts (45,5 Euro je geleisteter Arbeitsstunde).

zungszuweisungen. Würde die Steuerkraft der Kommunen zu 100 Prozent berücksichtigt, wären das 778 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich und 299 Millionen Euro Ergänzungszuweisungen vom Bund. Alles in allem würden wir dann mehr als 300 Millionen Euro zusätzlich bekommen.

Wie schlägt sich denn der demografische Wandel bei den Finanzen nieder?

Bullerjahn: Das ist einiges - wir verlieren 50 bis 60 Millionen Euro an Steuern im Jahr durch Einwohnerrückgang - und an der Stelle gewinnen die Bayern durch Zuwanderung. Zusammen mit der bisherigen Begrenzung bei der kommunalen Steuerkraft werden durch den bisherigen Finanzausgleich die westdeutschen gegenüber den ostdeutschen Ländern bevorteilt. Darüber müssen wir reden. Eine Idee ist, dass künftig bei der Berechnung des Finanzausgleichs die höchste Bevölkerungs-

zahl der letzten fünf Jahre genommen wird. Das würde Ländern wie Sachsen-Anhalt Luft verschaffen.

Und was ist Ihr Gegenvorschlag zu Haseloffs Neustart bei den Schulden - wie kommt Sachsen-Anhalt vom gigantischen Berg von 20,6 Milliarden Euro herunter? Immerhin werden dafür aktuell mehr als 600 Millionen Euro Zinsen jährlich fällig.

Bullerjahn:

Wir haben unsere Hausaufgaben schon so weit gemacht, dass wir ohne neue Schulden auskommen. Wir könnten

auch ohne fremde Hilfe diese Schulden tilgen - auch wenn das dann natürlich Jahrzehnte dauert. Aber ich habe auch dafür eine Idee. Nach meiner Vorstellung sollten wir das über einen Fonds machen: Da wird alles über einen bestimmten Anteil hinaus - etwa alles, was über die Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung der Länder hinausgeht - eingebracht. Tilgung und Zinsen für die Schul-

den dieses Fonds übernehmen Bund und die betroffenen, hoch verschuldeten Länder gemeinsam. Weil der Bund sich günstiger refinanzieren kann, profitieren die Länder enorm.

Und das soll mehrheitsfähig sein?

Bullerjahn: Hoffentlich, weil im Unterschied zum Neustart-Modell die verschuldeten Länder eine Eigenleistung bringen. Nicht interessierte Länder bekämen beim Schuldenabbau keine Unterstützung, müssten aber auch nicht für andere zahlen. Denn der Fonds wäre freiwillig, da muss man nicht mitmachen.

Die Geberländer haben ja auch Vorstellungen für die Föderalismuskommission - und wollen zum Beispiel flexiblere Steuersätze, etwa weniger oder mehr Einkommenssteuer erheben können als andere Länder. Sind Sie da Gesprächsbereit?

Bullerjahn: Ich weiß, dass man am Ende in Kompromissen denken muss. Ich werde grundsätzlich nichts unterstützen, das unsere Situation noch schwächt. Wenn wir aber Punkte wie den Kommunalausgleich durchgesetzt bekommen, werden wir im Gegenzug auch über Kompromisse reden müssen. Grundsätzlich gehen wir aber mit Klarheit in die Verhandlungen - und mit Gelassenheit. Unsere mittel- und langfristige Finanzplanung geht vom Status quo aus. Wir kommen also auch so klar. Jeder Euro, den uns die Föderalismuskommission bringt, wird uns natürlich helfen. Das Geld können wir dann investieren. Wir hätten mehr Spielräume etwa bei der Wirtschaftsförderung. Aber noch einmal: Wir können notfalls auch weiter mit dem Status quo leben - auch weil meiner Meinung nach kein Verfassungsgericht den Länderfinanzausgleich kippen wird.

Zum Schluss: Sie sind uns noch eine Antwort auf eine Frage in unserem letzten Interview schuldig.

Bullerjahn: Welche denn?

Was der Finanzminister Jens Bullerjahn nach der Landtagswahl 2016 macht.

Bullerjahn: (lacht dieses Mal nicht) Ich weiß, dass das viele umtreibt. 2016 habe ich 25 Jahre in der Politik hinter mir, davon zehn als Finanzminister. Ich werde mir daher reiflich überlegen, ob ich weitermache - oder über etwas anderes nachdenke. Die Frage der Spitzenkandidatur ist geklärt, dass macht Katrin Budde, wenn sie will. Dann steht die Frage, welches Team begleitet sie, welche Hilfe will sie. Im Lichte dieser Diskussion werde ich mich entscheiden. Ich bin da tiefenentspannt.

Ein Wechsel in die Wirtschaft wäre auch eine Option?

Bullerjahn: Wäre denkbar. Aber es gibt gewisse Berufe, die sich da ausschließen. Hochschullehrer würde ich wohl weder von der Qualifikation noch vom Freundeskreis her machen können. Unikliniken würde ich nicht ausschließen... (lacht).